

Anlage 1 - Bewerbungs- bzw. Vorschlagsformular zur Aufnahme in die Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richter/innen für das Verwaltungsgericht Leipzig

An das
Landratsamt Nordsachsen
Rechtsamt
Herrn Johannes Zimmermann
Schloßstraße 27
04860 Torgau

Wahl der ehrenamtlichen Richter/innen für die Verwaltungsgerichtsbarkeit für die Amtsperiode 2024 bis 2028

Ich beantrage die Aufnahme in die Vorschlagsliste für die Wahl

einer/s ehrenamtlichen Richter/richters beim Verwaltungsgericht Leipzig.

Angaben zur Person*

Name, ggf. Geburtsname (bei Abweichung)		
Vorname/n		
Geburtsort (Gemeinde/Kreis)	Geburtsdatum	Staatsangehörigkeit Deutsch
Beruf (bei Mitarbeitern im öffentlichen Dienst auch Angabe der Tätigkeit)		
Straße/Hausnummer	Postleitzahl	Ort der Hauptwohnung
Telefon (freiwillige Angabe)		E-Mail (freiwillige Angabe)

* Die gesetzlich notwendigen Daten werden ggf. veröffentlicht.

Bitte kreuzen Sie die nachfolgenden Fragen an, wenn die Aussage auf Sie zutrifft (die Beantwortung ist freiwillig; Sie ersparen aber dem Gericht nach einer evtl. Wahl die - zulässige- Anfrage bei einem Register):

- Ich bin in den letzten 10 Jahren nicht zu einer Freiheitsstrafe (auch nicht auf Bewährung) von mehr als 6 Monaten bestraft worden.

- Gegen mich läuft kein strafrechtliches Ermittlungsverfahren wegen eines Verbrechens oder sonstigen Straftat, derentwegen auf den Verlust des Rechts zu der Bekleidung öffentlicher Ehrenämter erkannt werden kann.
- Ich verfüge über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache.
- Ich habe nicht gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder der Rechtsstaatlichkeit verstoßen. Ich versichere hiermit, dass ich niemals in einem offiziellen Arbeits- oder Dienstverhältnis des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR gestanden habe, niemals Offizier im besonderen Einsatz war (Hauptamtlicher Mitarbeiter), mich niemals zur Lieferung von Informationen an den Staatssicherheitsdienst bereit erklärt habe (Inoffizieller Mitarbeiter), niemals zu den Personen gehört habe, die gegenüber Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes hinsichtlich deren Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst rechtlich oder faktisch weisungsbefugt waren und niemals inoffizieller Mitarbeiter des Arbeitsgebietes 1 der Kriminalpolizei der Volkspolizei war. Ich bin damit einverstanden, die Richtigkeit der vorstehenden Erklärung durch Abfrage bei dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik überprüfen zu lassen.
- Ich befinde mich nicht in der Insolvenz und habe auch keine eidesstattliche Versicherung über mein Vermögen abgegeben.
- Den Anforderungen einer mehrstündigen bzw. mehrtägigen Gerichtsverhandlung fühle ich mich gesundheitlich gewachsen.
- Gegen mich ist kein laufendes Betreuungsverfahren anhängig.
- Ich war bereits früher als ehrenamtliche/r Richter/in am Verwaltungsgericht Leipzig im Zeitraum von _____ bis _____ tätig.

weitere Bemerkungen (freiwillige Angabe):

.....
.....
.....
.....

Datenschutzerklärung

Ich bin damit einverstanden, dass die vorgenannten Daten zum Zweck der entsprechenden Wahl der ehrenamtlichen Richter/innen bis zum Ablauf der jeweiligen Amtsperiode, einschließlich deren Vorbereitung, verarbeitet werden dürfen. Die Daten dürfen zu diesem Zweck den damit befassten Gremien und Behörden übermittelt werden. Eine Veröffentlichung dieser Daten ist jedoch nur im Rahmen spezialgesetzlicher Vorrangregelungen gestattet.

Mir ist bekannt, dass die Personen der Vorschlagsliste bei den zuständigen Gerichten, zum Zweck der Berufung und weiteren Kommunikation in besondere Verzeichnisse aufgenommen werden, vgl. § 44 GVG.

Mir ist bekannt, dass die vom Kreistag des Landkreises Nordsachsen beschlossene Vorschlagsliste im Rahmen einer einwöchigen Auflegung für jedermann zugänglich sein wird. Die Vorschlagsliste wird dabei nur in gedruckter Form zur Einsicht bereitgestellt. In der Vorschlagsliste werden der Familienname, die Vornamen, ggf. der Geburtsname, der Wohnort, einschließlich Postleitzahl, das Geburtsjahr sowie der Beruf stehen, vgl. § 36 GVG.

Mir ist bekannt, dass eine Auskunftssperre nach § 51 des Bundesmeldegesetzes (BMG) oder ein bedingter Sperrvermerk nach § 52 BMG keine Auswirkungen auf die vorstehende Auflegung hat. Alle vorstehend genannten personenbezogenen Daten werden in der Vorschlagsliste vollständig abgebildet und im Rahmen der Auflegung öffentlich und für jedermann zugänglich sein.

.....

Ort/Datum

.....

Unterschrift